

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 94 (1997)
Heft: 7

Artikel: Soziale Verantwortung : ein Fremdwort für Wirtschaft und Politik? : Gedanken von Nationalrat Hans Widmer, Luzern
Autor: Widmer, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840398>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Soziale Verantwortung: Ein Fremdwort für Wirtschaft und Politik?

Gedanken von Nationalrat Hans Widmer, Luzern

An der Mitgliederversammlung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) in Luzern hat Dr. phil. Hans Widmer, Präsident des Luzerner Gewerkschaftsbundes und im Hauptberuf Philosophielehrer, Gedanken zum Thema «Soziale Verantwortung» entwickelt. Das Referat (nachfolgend in leicht gekürzter Fassung) wurde am 15. Mai 1997 gehalten.

Die SKOS hat mir folgendes Thema vorgeschlagen: «Soziale Verantwortung: Ein Fremdwort für Wirtschaft und Politik?» Im strengen Sinne genommen kann es sich beim Ausdruck soziale Verantwortung gar nicht um ein Fremdwort handeln. Warum? Ganz einfach deswegen, weil das, was der aus dem Latein stammende Begriff «sozial» bedeutet, allgemein bekannt sein dürfte und weil der Terminus «Verantwortung» nicht einmal ein Lehnwort ist. Vielmehr enthält das Wort Verantwortung als wesentlichen Bestandteil den deutschen Ausdruck Antwort und auch dieser wird in der Praxis problemlos verstanden, etwa in folgendem Sinne: Wenn ich etwas tue und dieses Tun nicht folgenlos bleibt, dann muss ich, falls jemand die Frage stellt, wer die Folgen verursacht hat, bereit sein, die entsprechende Antwort zu geben und zu ihr zu stehen.

Falls wir die Angelegenheit derart einfach zur Darstellung bringen, könnten die Überlegungen schon hier abgebrochen werden, weil die im Titel gestellte Frage scheinbar bereits eine Lösung gefunden hat, nämlich die: Weder Leute aus der Wirtschaft, noch solche aus der Politik erfahren und empfinden den

Begriff soziale Verantwortung als ein Fremdwort. Ganz im Gegenteil: wohl in kaum einer anderen Zeit wurde in den Bereichen Wirtschaft und Politik die

Staat ist kein Unternehmen

«Das Nachdenken bewahrt vor unauflösbaren Polarisierungen», betonte Regierungsrat Klaus Fellmann, Vorsteher des Gesundheits- und Sozialdepartementes des Kantons Luzern, an der SKOS-Mitgliederversammlung. Gerade in Zeiten, da leicht die Flucht in Polarisierungen gewählt werde, gelte es, einen Lastenausgleich zu finden, der dafür Sorge, dass «nicht ein Teil unserer Gesellschaft lediglich die Lust des Lebens tragen darf und ein anderer Teil lediglich die Last des Lebens zu ertragen hat.» Belastend sei für die im Sozialwesen Tätigen, dass vieles das lange Zeit Selbstverständlichkeit gewesen sei, nun plötzlich hinterfragt werde, dass Wertvorstellungen und soziale Überzeugungen, die lange Zeit unangefochten gewesen seien, plötzlich ihre Effizienz und ihre Daseinsberechtigung in Franken und Rappen ausweisen sollten. Fellmann sprach sich klar dagegen aus, alles über den gleichen ökonomischen Leisten zu schlagen: «Mit all den neu-liberalen Tendenzen, welche den Staat zu einem Unternehmen zurückstufen wollen, kann ich nichts anfangen.» cab

Wortverbindung «soziale Verantwortung» so häufig, ja geradezu inflationär verwendet, wie gerade heute. Buchtitel und Symposien mit dem Thema «Ethik und Wirtschaft», respektive «Ethik und Politik» sind an der Tagesordnung. Man könnte also, noch immer auf der Oberfläche dahinsurfend, den Referatstitel wie folgt umändern: «Soziale Verantwortung: ein Modewort für Wirtschaft und Politik?»

Diesem scheinbar bloss dialektischen Eingangsspiel möchte ich eine ernste Feststellung folgen lassen. Sie lautet: «Modewörter, insbesondere aus dem Bereich der Ethik, haben immer dann Konjunktur, wenn es die Realität, auf die

Modewörter, insbesondere aus dem Bereich der Ethik, haben immer dann Konjunktur, wenn es die Realität, auf die sie hinweisen, nicht mehr gibt.

sie hinweisen, nicht mehr gibt.» Dazu ein Beispiel: Noch selten wurde so häufig über «Kommunikation», «Gesprächskultur» usw. geredet wie in unseren Tagen, und noch selten war wirkliches Kommunizieren in einem so geringen Masse Alltags- und Betriebswirklichkeit wie gerade heute.

Neben Fremd- und Modewörtern gibt es auch solche mit einer Alibifunktion, die sogenannten Alibiwörter. Im Zusammenhang mit der Alibifunktion von Modewörtern möchte ich die folgende provokative These wagen: «Im Bereich der Wirtschaft, in der Politik, aber auch bei den Apolitischen und selbst bei Sozialhilfeeinrichtungen droht dem Begriff der sozialen Verantwortung die Gefahr, zum blossen Modewort mit einer mehr oder weniger nützlichen Alibifunktion zu ver-

kommen.» Die Apolitischen, das sind jene Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich für Politik in keiner Art und Weise interessieren; dass sie trotz dieses Desinteresse dennoch Teil eines politischen Systems sind, dessen sind sie sich entweder nicht bewusst, oder es interessiert sie nicht.

Zunächst stellt sich die Frage, wie die erwähnte Umfunktionierung des Begriffs soziale Verantwortung zum Modewort mit Alibifunktion in den Systemen «Wirtschaft» und «Politik» abläuft. Von ihrer ursprünglichen Bestimmung her hatten «Wirtschaft» und «Politik» den Menschen als Individuum, als Gruppe oder als Gesellschaft im Visier. Wirtschaft und Politik verstanden sich als Dienst am Menschen in seinen verschiedenen Vergesellschaftungsformen, das Menschliche war gleichsam ihr Leitmotiv.

Mit dieser Aussage soll natürlich keine schönfärberische Geschichtsromantik heraufbeschworen werden, denn Geldraffer und politische Machtmenschen hat es bekanntlich schon immer gegeben. Aber mit der Systematisierung von Wirtschaft und Politik – seit einigen Jahrzehnten kann man sogar von deren Verwissenschaftlichung sprechen – ist auf diesen Gebieten ein grundlegender Wandel eingetreten. Mechanismen, Strukturen und Gesetzmässigkeiten sind mehr und mehr in den Vordergrund getreten, während der Mensch in deren Gehege immer mehr verschwunden ist. Selbstverständlich kann die Erinnerung an den Menschen nicht ganz verdrängt werden: wie ein langsam erlöschendes Feuer mottet sie weiter als schlechtes Gewissen, welches sich in der Alibiredede von der «sozialen Verantwortung» Luft macht. In der Zielsetzung des omnipräsenten kapitalistischen Wirtschaftssy-

stems geht es einzig und allein um die Vermehrung des Kapitals durch Spekulation und produktive Arbeit mit möglichst hoher Wertschöpfung. Im *System der Wirtschaft* ist «soziale Verantwortung» entgegen meiner ersten oberflächlichen Behauptung tatsächlich ein Fremdwort, welches für das Outfit des Systems durchaus hin und wieder eine Alibifunktion ausüben kann, beispielsweise dann, wenn man, wie so schön gesagt wird, bei Betriebsschliessungen nach «fairen Lösungen» sucht und eng mit den Gewerkschaften, den Behörden und der Arbeitslosenkasse zusammenarbeitet.

Bei der *Politik* hingegen liegen die Verhältnisse etwas anders: der Mensch kann zwar in diesem im Vergleich mit der Wirtschaft offeneren System instrumentalisiert und für die Machtgelüste einiger weniger missbraucht werden. Aber er lässt sich nicht so leicht in den Hintergrund drängen wie dies im Wirtschafts-

In der Politik bekommt die «soziale Verantwortung» im besten Fall den Status einer systemperipheren Manövriermasse für Wahlen und instabile Situationen.

system der Fall ist, wo man mit der Aussicht auf steigende Shareholder values einzelnen Mitarbeitern gegenüber sehr vieles rechtfertigen kann. Die «soziale Verantwortung» wird in der Politik auf der rhetorischen Ebene als hoher Wert gepriesen. Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass der «reale» Wert «soziale Verantwortung» zur blossen ideologischen Worthülse von Wahlkämpfern verkommt. Bei der Realisierung der «sozialen Verantwortung» aber stösst auch die Politik sehr schnell an ihre Grenzen; in kritischen Situationen regiert dann je-

weils allein der Druck der Finanzen und der Wirtschaft. In der Folge werden die programmatischen Absichtserklärungen zusammengestutzt. Das Resultat dieses Prozesses ist eine Heftpflasterlipolitik, verbunden mit einigen sozialpolitischen Feuerwehrübungen in unstabilen und kritischen Situationen. Auch bei der Politik bleibt als die «soziale Verantwortung» als integrierendes Systemelement auf der Strecke. Sie bekommt im besten Fall den Status einer systemperipheren Manövriermasse für Wahlen und instabile Situationen. Dies ist deswegen der Fall, weil die Politik immer mehr zu einem Subsystem der Wirtschaft wird, einer Wirtschaft, die bloss die ehernen Gesetze der Gewinnmaximierung kennt, nicht aber dasjenige der «sozialen Verantwortung».

Wie steht es mit der «sozialen Verantwortung» jener *Apolitischen*, welche den Glauben an die Politik verloren haben und sich sehr oft aus moralischer Entrüstung ins Private zurückziehen? Tatsächlich können Entrüstung und Rückzug ein indirektes und ernstzunehmendes Bekenntnis zum Wert der «sozialen Verantwortung» beinhalten, aber eben nur ein Bekenntnis und dazuhin bloss ein indirektes.

Wenn wir den Stellenwert der «sozialen Verantwortung» in den bisher besprochenen Bereichen miteinander vergleichen, dann kommen erstaunlicherweise Wirtschaft und Politik besser weg als die *Apolitischen*. Zwar hat die «soziale Verantwortung» in Wirtschaft und Politik bloss eine Alibifunktion, aber auch eine solche kann durchaus konkrete sozialpolitische Wirkung zeigen. Dagegen bleibt das indirekte Bekenntnis der entrüsteten *Apolitischen* lediglich auf der Symbolebene, wo es im besten Fall eine Art Gewissensfunktion für die

Gesellschaft ausüben kann. Auf der Handlungsebene jedoch bringt es in der Regel gar nichts, es sei denn, jemand finde den Weg in ein privates soziales Engagement.

Wie steht es nun aber mit der «sozialen Verantwortung» *im Bereich sozialer Institutionen*? Obwohl sie das zentrale Element eines professionalisierten Systems darstellt, besteht latent immer die Gefahr, dass die «soziale Verantwortung» zum Alibi verkommt. Und zwar präsentiert sich diese Gefahr von zwei Seiten her. Die erste ist eher persönlicher Natur. Wenn jemand nämlich den Wert der «sozialen Verantwortung» zum Hauptthema seines Berufes macht, dann ist das zunächst sicher eine gute Sache. Dennoch kann es geschehen, dass die innere Überzeugung bezüglich der «sozialen Verantwortung» sich langsam auflöst und dass man dennoch weiterhin im Sozialberuf tätig bleibt, aus welchen Gründen auch immer, sicher aber, weil man sein tägliches Brot verdienen muss. In einem solchen Fall kann die professionell wahrgenommene «soziale Verantwortung» zu einer Alibifunktion für das wirtschaftliche Überleben verkommen.

Die zweite Gefahr ist nicht mehr auf der persönlichen Ebene anzusiedeln, vielmehr gehört sie in eine strukturell-allgemeine Dimension. Von der Wirtschaft und von der Politik, sehr oft aber auch von den entrüsteten Apolitischen

Die Institutionen der Sozialhilfe sollten sich nicht alles und jedes, was mit «sozialer Verantwortung» zu tun hat, an delegieren lassen.

wird den Sozialhilfeorganisationen die an sich unteilbare «soziale Verantwortung» abdelegiert. In unserer arbeitstei-

ligen Gesellschaft ist dies zwar verständlich, von der Sache her aber keineswegs gerechtfertigt. Wenn alles, was mit «sozialer Verantwortung» zu tun hat, den Institutionen der Sozialhilfe abdelegiert wird, dann entzieht man der «sozialen Verantwortung» den ihr zukommenden Raum, nämlich die Gesellschaft als Ganzes. Die Institutionen der Sozialhilfe sollten sich nicht alles und jedes an delegieren lassen. Tun sie das, dann helfen sie mit, den gesellschaftlichen Status quo festzuschreiben.

«Soziale Verantwortung» ist in unserer Gesellschaft kein Fremdwort, aber sie wird zerstückelt und nach Belieben zum Thema gemacht. Dadurch wird sie zu

Als unteilbare Grösse gehört die «soziale Verantwortung» in die Hände aller.

einem Fremdkörper, dessen Namen jedermann kennt und der von Subsystem zu Subsystem weitergereicht wird wie eine heisse Kartoffel, die niemand lange in der Hand zu behalten vermag. Am Schluss landet sie – leicht abgekühlt – in der professionalisierten Hand der Sozialhilfeeinrichtungen.

Ein solches Kartoffel- oder Schwarzpeterspiel kann nicht akzeptiert werden, denn als unteilbare Grösse gehört die «soziale Verantwortung» in die Hände aller, der Wirtschaft, der Politik und der entrüsteten Apolitischen. Sie nur den Sozialhilfeeinrichtungen anzuvertrauen wird ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung nicht gerecht und führt zur langsamen Zersetzung eines Wertes, der für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist.

Dr. Hans Widmer